

## X12 Lasst die Informationen frei! - Für ein Transparenzgesetz in Bayern

Antragsteller\*in: Florian Wunderle (KV Würzburg), Marvin Bauersfeld (KV Würzburg), Maximilian Appelmann (KV Würzburg), Colin Schwenker (KV Würzburg), Katharina Pause (KV Würzburg), Jerome Pfeiffer (KV Würzburg), Kai Frescher (KV Würzburg), Ida Pfister (KV Würzburg), Lena Saupp (KV Würzburg)

Tagesordnungspunkt: TOP 6 Anträge

1 Demokratie braucht Transparenz. Und was schafft Transparenz? Zugang zu amtlichen  
2 Informationen, oder in anderen Worten: Informationsfreiheit. Doch genau diese  
3 wird in Deutschland, und vor allem in Bayern, oft mit Füßen getreten. Das  
4 bundesweite Informationsfreiheitsgesetz (IFG) soll dafür sorgen, dass  
5 Bürger\*innen Akten beim Staat anfragen können. Doch das deutsche IFG ist schwach  
6 und durchlöchert von Ausnahmen. In einem internationalen Vergleich von  
7 Gesetzgebungen zu Informationsfreiheit der kanadischen Bürgerrechtsorganisation  
8 Centre for Law and Democracy landet Deutschland auf Platz 127 von 140. Dieses  
9 Ranking bezieht sich auf die Gesetzgebung, macht jedoch keine Aussagen über die  
10 Realität von Bereitstellung von und Zugang zu Informationen. In Europa schneiden  
11 nur Monaco und Liechtenstein schlechter ab. Im internationalen Vergleich liegt  
12 Deutschland in der Gesetzgebung zur Informationsfreiheit hinter vielen  
13 autoritären Staaten.

14 Doch wenn die Lage in Deutschland schon düster aussieht, ist es in Bayern noch  
15 schlimmer. Denn das IFG des Bundes gilt nicht für Bundesländern, so ist es jedem  
16 Bundesland überlassen eine eigene Regelung zu finden. Und Bayern hat einfach  
17 überhaupt kein IFG. Damit ist es mit Niedersachsen das einzige Bundesland ohne  
18 IFG. Unter den europäischen Staaten hat nur Belarus gar keine Form eines IFGs.

19 Wie wichtig das IFG ist, sieht man an der Arbeit von NGOs, wie beispielsweise  
20 FragDenStaat. Durch das IFG konnten sie Informationen über die Maskenaffäre  
21 Spahns aufdecken. Ein stärkeres IFG hätte dafür sorgen können, dass der Fall  
22 komplett transparent gemacht worden wäre. Spahn hat gezielt Maßnahmen ergriffen,  
23 um dem IFG auszuweichen. So hat er wichtige Verträge über seine Bundestagsmail  
24 geschickt statt über seine Ministeriumsmail, da die erste im Gegensatz zur  
25 zweiten vom IFG ausgenommen ist.

26 Ein bayrisches Gesetz zur Informationsfreiheit darf keine solche Schwachstellen  
27 aufweisen. Deswegen fordern wir ein Gesetz, das über das bestehende IFG des  
28 Bundes hinausgeht.

### 29 Transparenz für Bayern!

30 Wir fordern nicht lediglich ein Informationsfreiheitsgesetz, sondern ein so  
31 genanntes Transparenzgesetz, wie es schon in Hamburg besteht. Der große  
32 Unterschied zwischen den beiden Gesetzen ist es, dass bei einem IFG der  
33 Bürger\*innen die Holschuld hat, also Anfragen stellen muss und dann warten muss,  
34 inwieweit diese bearbeitet wird. Bei einem Transparenzgesetz wiederum hat der  
35 Staat Bringschuld, das bedeutet, dass Unterlagen hochgeladen werden müssen, die  
36 für Bürger\*innen frei einsehbar sind. Hamburg besitzt schon ein solches Gesetz  
37 und macht damit gute Erfahrungen.

38 Doch soll in der bayrischen Version aus Fehlern und Schwachstellen gelernt  
39 werden. Im heutigen digitalen Zeitalter geht viel Kommunikation über

40 Messengerdienste. So soll Kommunikation über Mobiltelefone auch als Akten  
41 gelten, also gespeichert werden und einsehbar sein.

42 Außerdem muss es Konsequenzen geben werden Akten nicht sauber geführt oder sogar  
43 willentlich zerstört. Schreddern unbeliebter Akten, wie bei CumEx, oder dem NSU-  
44 Verfassungsschutz-Skandal, darf nicht straffrei bleiben.

#### 45 Informationsfreiheit als Grundrecht

46 Das Recht auf Informationsfreiheit muss in Deutschland ins allgemeine  
47 Bewusstsein gelangen. Ein transparenterer Staat nimmt nicht nur  
48 Verschwörungsideologien den Wind aus den Segeln, er ermächtigt auch Bürger\*innen  
49 und erleichtert es Politiker\*innen zur Rechenschaft zu ziehen. In anderen  
50 Ländern ist das Anfordern von Daten viel verankerter als in Deutschland, so  
51 werden in Amerika bis zu 300-mal mehr Akten angefordert als in der  
52 Bundesrepublik. Ein bayrisches Transparenzgesetz würde dazu führen, dass Zugang  
53 zu amtlichen erleichtert wird und die Demokratie durch mehr Transparenz gestärkt  
54 würde.

55 Quellen:

56 <https://fragdenstaat.de/informationsfreiheit/>

57 [https://www.swr.de/swrkultur/wissen/akten-unter-verschluss-wie-behoerden-die-  
58 informationsfreiheit-untergraben-das-wissen-2026-03-30-104.html](https://www.swr.de/swrkultur/wissen/akten-unter-verschluss-wie-behoerden-die-informationsfreiheit-untergraben-das-wissen-2026-03-30-104.html)

## Begründung

erfolgt mündlich